



Nr. 2

17. Januar 2013

## Inhalt

[Einkommensrunde Länder 2013: dbb fordert fairen Umgang mit den Beschäftigten+++](#)

### **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

[dbb rheinland-pfalz gratuliert Ministerpräsidentin Dreyer+++](#)

[dbb saar kritisiert millionenschwere Imagekampagne der Landesregierung+++](#)

[sbb kritisiert Umgang mit Sonderzahlung für Beamte+++](#)

[Eigentümer: Steuern sind „Preis für Einigkeit, Recht und Freiheit“+++](#)

[DPVKOM: Datenschutz der Beschäftigten nicht verschlechtern+++](#)

[DPolG fordert Konsequenzen an Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld+++](#)

[Forstleute fordern bessere Zwischennutzung der Flächen des](#)

[BER-Flughafenprojekts+++](#)

[BDR hält Insolvenzreform für verbesserungsbedürftig+++](#)

### **Namen und Nachrichten +++**

aktuell

Informationsdienst des dbb

---

## **Einkommensrunde Länder 2013: dbb fordert fairen Umgang mit den Beschäftigten**

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die Politiker im Vorfeld der Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten an ihre Verantwortung gegenüber den Angestellten und Beamten erinnert. Ein im Vergleich zu Bund und Kommunen höherer Personalkostenanteil tauge nicht als Argument gegen faire Behandlung in Einkommensfragen, sagte Dauderstädt der „Wirtschaftswoche“ (Ausgabe vom 14. Januar 2013).**

„Die Länder übernehmen eine Reihe personalintensiver Aufgaben, etwa im Bildungsbereich oder bei der Polizei. Der Staat muss daher jetzt eine Grundsatzentscheidung treffen, was für einen öffentlichen Dienst er eigentlich haben will. Wenn es an Geld fehlt, muss er entweder Aufgaben abgeben – oder Investitionsausgaben zu Gunsten von Personalausgaben senken. Was ist denn am Ende wichtiger für den Bürger: dass er von einer leistungsfähigen Polizei vor Kriminellen geschützt wird oder dass hinter seinem Haus ein geteilter Fahrradweg verläuft?“, fragte Dauderstädt.

Auch was die geforderte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die

Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen angeht, zeigte sich der dbb Chef erneut überzeugt, dass im Falle drohender Ungleichbehandlung mit massivem Widerstand der Beamten zu rechnen sei. Gerade in einem Wahljahr rate er der Politik zu fairem Umgang mit den Beschäftigtengruppen. Dauderstädt: „Beamte sind auch Wähler. Wir werden im Vorfeld der Bundestagswahl massiven Druck auf die Politik aufbauen. Wenn Landesregierungen ihren Beamten die Lohnerhöhung kürzen oder vorenthalten, müssen sie das öffentlich rechtfertigen.“  
(01/02/13)

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

### **dbb rheinland-pfalz gratuliert Ministerpräsidentin Dreyer**

**(dbb) Der dbb rheinland-pfalz hat der neuen Ministerpräsidentin Malu Dreyer zur Wahl gratuliert und ihr viel Glück und Geschick für ihre Amtszeit gewünscht.**

Zugleich erklärte die Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz, am 16. Januar 2013, sie erwarte mit Spannung die von Dreyer angebotenen Gespräche zur Lage im öffentlichen Dienst. Dabei werde der dbb-Landesbund die bereits seit Jahren geäußerte Kritik an der stiefmütterlichen Behandlung der Beschäftigten bekräftigen, kündigte Lenz an.

„Wir erhoffen uns von der neuen Spitzenfrau eine ‚Kursabweichung‘ zum Wohle der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz“, sagte Lenz. „Die Schuldenbremse kann nicht alleine durch uns geschultert werden.“ Die Landesregierung dürfe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren zuverlässige und reibungslose Dienstleistungen nicht gering-schätzen.  
(02/02/13)

### **dbb saar kritisiert millionenschwere Imagekampagne der Landesregierung**

**(dbb) Der dbb saar hat das Vorhaben der Landesregierung kritisiert, ab 2014 jährlich 1,5 Millionen Euro für eine mehrjährige Imagekampagne auszugeben. Ein gutes Konzept und dessen Verwirklichung für eine einheitliche und wirkungsvolle Saarlandwerbung sei sicher politisch notwendig und werde auch von der breiten Öffentlichkeit mitgetragen –**

---

**allerdings nicht die Kosten in der vorgesehenen Millionenhöhe und über Jahre hinweg, sagte der Landesvorsitzende des dbb saar, Ewald Linn, am 12. Januar 2013.**

Ein Haushaltsnotlageland, das jährlich über 500 Millionen Euro an Schuldzinsen für die derzeit 12 Milliarden Euro Schulden zahlen muss und in allen Bereichen harte Sparmaßnahmen zur Umsetzung der Schuldenbremse verlangt, darf sich nicht den Luxus erlauben, Millionenbeträge für eine Saarlandwerbung auszugeben, so Linn. „Dieses politische Vorgehen ist nicht nachvollziehbar und bremst die Bereitschaft von Gewerkschaften und Personalräten, den von der Landesregierung vorgegebenen Personalabbau von rund 2.400 Stellen bis 2020 mitzutragen. Intelligentes Sparen

sieht anders aus. Deshalb ist dies das falsche Signal zur falschen Zeit an die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“, mahnte der dbb-Landeschef. 1,5 Millionen Euro jährlich seien umgerechnet 30 Stellen wert. Anstatt Millionenbeträge für eine neue Imagekampagne an Agenturen zu verschleudern, solle die Landesregierung mehr Mut haben, auf ihre eigenen Ressourcen setzen und einen Innovationswettbewerb im öffentlichen Dienst starten, schlug Linn vor.  
(03/02/13)

**sbb kritisiert Umgang mit Sonderzahlung für Beamte**

**(dbb) Auf Kritik des beamtenbund und tarifunion sachsen (sbb) ist der Umgang der Regierungskoalition von CDU und FDP mit dem „Weihnachtsgeld“ für Beamte gestoßen.**

Schon im Doppelhaushalt 2011/2012 war die Jahressonderzahlung an die sächsischen Beamten (durchschnittlich 4 Prozent des Jahresbruttoeinkommens) gegen den erheblichen Protest der Betroffenen gestrichen worden, rief der sbb am 11. Januar 2013 in einer Mitteilung in Erinnerung. Mehr als 80 Prozent der Beamten hatten daraufhin Widersprüche gegen ihre Jahresbesoldung ab 2011 eingelegt, weil sie trotz ihres Verzichts auf das Streikrecht vom Freistaat Sachsen schlechter behandelt wurden als vergleichbare Angestellte im öffentlichen Dienst des Landes. Zu Recht verwiesen sie darauf, dass die Sonderzahlung der Beamten kein „Geschenk“ des Dienstherrn war, sondern durch abgesenkte Besoldungsanpassungen in Höhe von acht Prozent der Jahresbesoldung von den Beamten selbst „angespart“ wurden.

Vor der Verabschiedung des neuen Doppelhaushaltes 2013/2014 hatten CDU-Innenpolitiker die Wiedereinführung der Sonderzahlung zur Voraussetzung für ihre Zustimmung zum Haushalt erklärt. In der Haushaltsklausur der Regierungskoalition habe nun aber die FDP-Fraktion eine jährliche „Leistungszulage“ in Höhe von 7,5 Millionen Euro durchgesetzt, von der niemand wisse, wie sie sinnvoll umgesetzt werden soll, so die Kritik des sbb-Landesvorsitzenden Günter Steinbrecht. „Warum soll jetzt die ohne Not gestrichene Sonderzahlung zur ‚Leistungszulage‘ umfunktioniert werden? Weil es die ‚Eitelkeit‘ der Politiker verbietet, eigene Fehler einzugestehen und zu korrigieren“, zeigte sich Steinbrecht überzeugt.  
(04/02/13)

**Eigenthaler: Steuern sind „Preis für Einigkeit, Recht und Freiheit“**

**(dbb) Dass Steuerhinterziehung und Steuerflucht vielen Bundesbürgern noch immer als Kavaliersdelikte gelten, ist von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) erneut kritisiert worden. Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler sagte am 10. Januar 2013 dem Radio der Deutschen Welle, er finde es „unmoralisch, sich in die Büsche zu schlagen“, denn Steuern seien für ihn „der Preis für Einigkeit, Recht und Freiheit“.**

Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb-Bundesvorsitzender ist, beklagte, dass es Steuerflüchtlings in Deutschland viel zu einfach gemacht wird: „Alle Finanzminister in der Republik tun viel zu wenig, um Steuerflucht

und Steuerhinterziehung zu begegnen.“ Um Steuerdelikte entdecken und verfolgen zu können, müssten die Finanzämter mehr Mitarbeiter haben, gerade bei der Steuerfahndung. Stattdessen, so stellte der DSTG-Chef fest, „ist

das Personal reduziert worden - bundesweit etwa um zehn Prozent".

Eigenthaler machte zugleich einen Vorschlag, wie die Politik des Problems Herr werden könnte: „Warum nicht die Besteuerung an die Staatsangehörigkeit anhängen?“ Gerade Sportler wie Boris Becker oder Michael Schumacher,

die hierzulande wie Nationalhelden verehrt würden, könne das zum Nachdenken verleiten. Sie müssten dann abwägen, ob ihr "Patriotismus schwerer wiegt, oder ob sie auch bereit sind, ihre Staatsangehörigkeit herzugeben", so Eigenthaler.  
(05/02/13)

## **DPVKOM: Datenschutz der Beschäftigten nicht verschlechtern**

**(dbb) „Die geplanten Neuregelungen zum Beschäftigtendatenschutz stellen keine Verbesserung, sondern eine eklatante Verschlechterung dar. Hier muss noch deutlich nachgebessert werden.“ Das sagte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, am 14. Januar 2013 mit Blick auf die Gesetzespläne der Bundesregierung zum Datenschutz der Beschäftigten.**

Insbesondere kritisierte Geyer die vorgesehene Ausweitung der offenen Videoüberwachung: „Es darf nicht sein, dass Beschäftigte zukünftig permanent videoüberwacht werden können. Dies widerspricht eindeutig der bisherigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, wonach die offene Videoüberwachung bislang nur vorübergehend und bei konkreten Anlässen rechtmäßig war, zum Beispiel beim Verdacht auf eine strafbare Handlung.“

Auch wenn die offene Videoüberwachung nicht zur allgemeinen Verhaltens- oder Leistungskontrolle der Beschäftigten eingesetzt werden dürfe und an strikte Vorgaben gebunden sei,

wird dadurch der Entwicklung zum „gläsernen Arbeitnehmer“ Tür und Tor geöffnet, zeigte sich Geyer überzeugt. Für die Beschäftigten sei es nur ein schwacher Trost, dass im Gegenzug heimliche Videoüberwachungen verboten werden.

Darüber hinaus kritisierte die DPVKOM, dass in Call-Centern die Gespräche der Mitarbeiter ohne vorherige Ankündigung kontrolliert werden können. Auch in dieser Frage müsse der Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutzgesetz im Sinne der Beschäftigten erheblich verbessert werden.  
(06/02/13)

## **DPoIG fordert Konsequenzen an Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld**

**(dbb) Große Probleme sieht der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter, durch das Desaster im Zusammenhang mit dem Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) auch auf die Bundespolizei und deren Beschäftigte zukommen. „Die Bundespolizeidienststellen an den Bestandsflughäfen in Schönefeld und Tegel müssen jetzt unverzüglich in einen arbeitsfähigen Zustand versetzt werden“, forderte Walter am 13. Januar 2013.**

Nach der erneuten Verschiebung der Eröffnung des Hauptstadtflughafens wisse inzwischen niemand mehr, wann das öffentliche Bauvorhaben überhaupt fertiggestellt werden kann, so Walter. Dabei wachse der Flugverkehr von und nach Berlin schneller als je zuvor. 2012 stiegen die Passagierzahlen am Flughafen Tegel mit rund 8 Prozent überproportional auf den Rekordwert von über 18 Millionen Passagieren. Am Flughafen Schönefeld waren es immerhin circa 7 Millionen Passagiere, so dass derzeit in Berlin insgesamt über 25 Millionen

Passagiere pro Jahr abgefertigt und durch die Bundespolizei kontrolliert werden müssen. Deshalb fordere die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, die Bundespolizeiinspektionen in Tegel und Schönefeld umgehend zu stärken.

So müsse in Tegel dringend die mehrstufige Reisegepäck-Kontrollanlage (MRKA) in Teilen erneuert und wegen des steigenden Gepäckaufkommens erweitert werden. Das Ausmaß der geplanten Implementierung von Sicherheitsscannern und intelligenten Grenzkontroll-

systemen wie EasyPASS müsse an beiden Bestandsflughäfen schnellstens neu berechnet werden. Temporäre Billiglösungen seien keine Alternative. Darüber hinaus müsse in beiden

Flughäfen bis Januar 2014 die Fluggastkontrolltechnik auf Flüssigkeitskontrollen (LAG) umgestellt werden.  
(07/02/13)

## **Forstleute fordern bessere Zwischennutzung der Flächen des BER-Flughafenprojekts**

**(dbb) Das stockende Flughafenprojekt der Länder Berlin und Brandenburg (BER) führt zu drastischen Sparmaßnahmen in beiden Bundesländern, wodurch dringend notwendige Personaleinstellungen und Investitionen in anderen Bereichen gekürzt oder gestrichen werden, darunter im Forstbereich. Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) fordert in diesem Zusammenhang eine bessere Zwischennutzung der Flächen des Flughafenprojekts.**

Die Gesamtfläche beträgt 1.470 Hektar. Rechnet man versiegelte Flächen ab, so verbleiben rund 970 Hektar Offenfläche, die nach Ansicht der Forstleute effizient, umweltfreundlich und profitabel genutzt werden können. Dazu schlagen die Förster eine zeitlich befristete Bepflanzung der Freiflächen mit Kurzumtriebsplantagen (KUP) zur Energieholzgewinnung vor. Nach Ansicht des BDF kann eine solche Nutzung erhebliche Mittel zur Finanzierung des Flughafenprojektes einspielen.

KUP bestehen aus schnellwachsenden und ausschlagfähigen Baumarten wie Weide und Pappel und werden bereits nach zwei bis sieben Jahren geerntet. Das Holz ist in Feuerungsanlagen oder Holzvergasungsanlagen direkt energetisch verwertbar oder kann in Biokraftstoffe umgewandelt werden.  
(08/02/13)

## **BDR hält Insolvenzreform für verbesserungsbedürftig**

**(dbb) Nachbesserungen am Gesetzentwurf zur Reform der Privatsolvenz hat der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) im Zusammenhang mit der Tagung einer Expertenkommission am 14. Januar 2013 im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages erneut gefordert.**

Der BDR trete weiterhin für die Übertragung des gesamten Insolvenzverfahrens auf den Rechtspfleger ein, wie dies noch im ersten Gesetzentwurf vorgesehen war, bekräftigte der Bundesvorsitzende Wolfgang Lämmer. Schon heute bearbeite der Rechtspfleger den weitaus größten Teil eines Insolvenzverfahrens. Lediglich die Aufgaben bis zur Eröffnung des Verfahrens und hinsichtlich der Versagung der Restschuldbefreiung verbleiben beim Richter.

„Diese Aufgabenteilung ist nicht sachdienlich und schadet der Effektivität des Insolvenzverfahrens“, zeigte sich Lämmer überzeugt. Aufgrund seines Studiums sei der Rechtspfleger

der für das Insolvenzverfahren am besten ausgebildete Fachjurist bei den Gerichten. Sein juristisches Studium beinhalte alle Grund- und Hintergrundkenntnisse, die für die erfolgreiche Abwicklung der gerichtlichen Insolvenzverfahren erforderlich sind.

Jährlich werden etwa 140.000 Verbraucherinsolvenzverfahren in Deutschland eröffnet. Unter Aufsicht des Gerichts verwertet der gerichtlich bestellte Insolvenzverwalter das Vermögen des Insolvenzschuldners und verteilt den erzielten Gewinn gleichmäßig auf alle Gläubiger.  
(09/02/13)

## **Namen und Nachrichten**

(dbb) Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts 2013 hat der dbb am 3. Januar 2013 mit Vertretern der Bundesregierung die wirtschaftlichen Erwartungen für das laufende Jahr erörtert. Die Delegation des dbb stand unter der Leitung des Bundesvorsitzenden **Klaus Dauderstädt** sowie des stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Thomas Eigenthaler**. Dauderstädt konstatierte, dass sich der dbb der Stabilität des Landes in einer Zeit der Krisen bewusst sei und dass ein gut funktionierender öffentlicher Dienst eine zentrale Rolle in diesem Prozess spiele. Exemplarisch verwies er in diesem Zusammenhang auf die Steuerverwaltung, Bildung und Erziehung sowie die Verwaltung der Sozialversicherung. Im Zusammenhang mit der Ausbildung von jungen Menschen begrüßte Dauderstädt den Ansatz des Bundesarbeitsministeriums, den Fokus künftig stärker auf eine abschlussorientierte Förderung zu legen. Bisher seien zu viele Maßnahmen ins Leere gelaufen.

Der Landesvorsitzende des BBW und dbb Vize **Volker Stich** hat der baden-württembergischen Landesregierung empfohlen, im Jahr der Bundestagswahl den Beschäftigten im öffentlichen Dienst entgegenzukommen. Das sei „eine Frage der politischen Schwerpunktsetzung und der Achtung der Politik vor den Beschäftigten“, sagte Stich der „Pforzheimer Zeitung“ (Ausgabe vom 12. Januar 2013). „Daran wird Politik, auch grünrot, in den nächsten Monaten gemessen werden. Es stehen immerhin Bundestagswahlen an.“ Das Land habe seit der Steuerschätzung im vergangenen Herbst erneut zugelegt, so Stich. Rund 600 Millionen Euro seien seither zusätzlich in die Kassen geflossen. „Das Land will dieses Geld bunkern und nicht an die Beschäftigten weitergeben. Deshalb werden wir mit aller Härte unseren Anteil am gesellschaftlichen Kuchen einfordern“, kündigte Stich mit Blick auf die kommende Tarifaueinandersetzung an.

Nach einem Spitzengespräch am 14. Januar 2013 zwischen den Gewerkschaften und Vertretern der sächsischen Finanz- und Kultusministerien hat der sächsische Beamtenbund **sbb** konstatiert, dass „endlich Bewegung in die Frage eines Demografie-Tarifvertrages“ komme. Seit einem Jahr koche die Stimmung im öffentlichen Dienst Sachsens hoch, insbesondere unter den Lehrern. Durch Überalterung

des vorhandenen Personals drohe nicht nur den Schulen, sondern auch in der öffentlichen Verwaltung der Kollaps. „Bis zu einem weiteren Spitzengespräch am 25. März 2013 wird eine gemeinsame Kommission in zwei Beratungen im Februar die Datenbasis analysieren und abstimmen. Ziel des weiteren Spitzengesprächs ist es dann, geeignete vertragliche Vereinbarungen zu sondieren“, so die Vertreter der Gewerkschaften und der Ministerien in einer gemeinsamen Presseerklärung.

Den sofortigen Stopp der geplanten Gerichtsstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern hat der Landesbund des dbb gefordert. Landesvorsitzender **Dietmar Knecht** erneuerte auf der Winterklausur der Landtagsfraktion Die Linken am 10. Januar 2013 in Banzkow zugleich die Forderung nach Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission. Für den dbb m-v seien die Ziele der Reform im vorliegenden Gesetzentwurf in allen Punkten widerlegbar, so Knecht. Er plädierte erneut dafür, „Präsenz und Rechtsgewährung in der Fläche“ beizubehalten.

Über politische Gespräche des beamtenbund und tarifunion thüringen zu Jahresbeginn informiert der tbb auf seiner Website. So ist der tbb-Landesvorsitzende **Helmut Liebermann** am 10. Januar 2013 mit der Spitze der Landtagsfraktion Die Linke zusammengetroffen. Am 11. Januar folgte ein Gespräch mit FDP-Fraktionsvertretern. Themen beider Unterredungen waren laut tbb unter anderem die Dienstrechtsreform, die Verbeamtungspolitik der Landesregierung, die Beleihung von Aufgaben im Eichwesen sowie Einzahlungen in den Thüringer Pensionsfonds.

Die komba gewerkschaft setzt sich wie der dbb und wie Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich dafür ein, den „Verhandlungsanachronismus“ bei Tarifverhandlungen zu beenden und künftig wieder für Bund, Länder und Kommunen gemeinsam zu verhandeln. Das sagte der komba-Bundesvorsitzende und dbb Vize **Ulrich Silberbach** am 8. Januar 2013 am Rande der dbb Jahrestagung in Köln. Friedrich hatte mit Blick auf die anstehende Einkommensrunde für die Landesbeschäftigten in seiner Kölner Rede die Hoffnung auf Rückkehr zu gemeinsamen Verhandlungen für den gesamten öffentlichen Dienst zum Ausdruck

gebracht. Seit einigen Jahren arbeitet die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) „solistisch“ für die Landesbeschäftigten, Bund und Kommunen verhandeln für ihre Klientel zeitversetzt. „Dem Bild des öffentlichen Dienstes würde eine Rückkehr in die Verhandlungsgemeinschaft gut anstehen“, zeigte sich Silberbach überzeugt. „Die Zerrissenheit der Arbeitgeberseite für den öffentlichen Dienst muss beendet werden. Sie nutzt weder den Arbeitgebern, noch den Beschäftigten.“

Die Pläne der SPD zu einem verschärften Vorgehen gegen Steuerkriminelle sind von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) als „richtig, aber unausgegoren“ bezeichnet worden. DSTG-Bundesvorsitzender und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 15. Januar 2013): „Der Vorschlag einer Bundessteuerfahndung ist nicht mehr als ein Auswechseln des Türschildes. Wir brauchen mehr Personal – egal ob auf Landes- oder Bundesebene.“ Der wichtigste Punkt sei für ihn der Austausch von Steuerdaten in Europa: „Das kann eine richtige gute Hebelwirkung entfalten“, so Eigenthaler. In der „Märkischen Allgemeinen“ (Ausgabe vom 15. Januar 2013) schlug die DSTG-Chef vor, solange die Steuerfahndung nicht ordentlich personell ausgestattet ist, die strafrechtlichen Verjährungsfristen bei Steuerhinterziehung auszudehnen.

Bereits zum dritten Mal wird sich der Bund Deutscher Forstleute (BDF) auf der Grünen Woche in Berlin präsentieren. Am 19. und 20. Januar 2013 will der BDF am Gemeinschaftsstand des Deutschen Forstwirtschaftsrates, der unter dem Motto „300 Jahre Nachhaltigkeit“ steht, deutlich machen, „dass die heutigen Forstleute nicht nur im Wald mehr denn je gebraucht werden“. BDF-Bundesvorsitzender **Hans Jacobs** erinnerte daran, dass der Begriff der Nachhaltigkeit vor 300 Jahren von Forstleuten geprägt worden und Nachhaltigkeit bis heute für die ganze forstliche Zunft Verhaltenskodex sei.  
(10/02/13)